

## Medienmitteilung

Thema	Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 05.06.2016
Für Rückfragen	Georg Aemissegger, 079 300 46 40 oder 044 350 46 40
Absender	Grünliberale Partei Solothurn, Postfach 353, 4501 Solothurn eMail <a href="mailto:so@grunliberale.ch">so@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.so.grunliberale.ch">www.so.grunliberale.ch</a>
Datum	22.05.2016

### Die Milchkuh steht Quer

**Die Grünliberalen haben wiederum mittels E-Voting die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen vom 05.Juni 2016 gefasst. Ein deutliches Nein resultierte dabei zu den Volksinitiativen „Pro Service Public“ und „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“. Die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes wird knapp und die Änderung des Asylgesetzes klar zur Annahme empfohlen. Von den Grünliberalen ganz eindeutig abgelehnt (mit 94% Nein) wird die Milchkuh-Initiative. Diese heisst auf Geheiss des Staates jetzt zwar Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung». Der Titel stimmt jetzt jedoch noch weniger als vorher. Diese Milchkuh steht quer zu allem, worauf die Politik und das Volk sonst hinzielen!**

#### Die Milchkuhinitiative ist im Grunde einfach eine Steuererhöhungsinitiative

Die Milchkuhinitiative bewirkt in Wirklichkeit vor allem eine Steuererhöhung, wobei das dadurch zusätzlich von den Bürgern einkassierte Geld ausschliesslich für Strassen gebraucht werden darf. Wer will das wirklich? Das Geld, das wegen der Milchkuhinitiative in der Bundeskasse fehlt, muss nämlich durch höhere andere Steuern wieder reingeholt werden. Oder durch Senken der Ausgaben des Bundes. Wenn eine Senkung der Bundesausgaben das Ziel und machbar wäre, so würden eine Steuersenkung des Bundes der Milchkuhinitiative bestimmt vorgezogen.

#### Strikt zweckbezogene Steuern – dann hätte der Bund kein Geld

Die Befürworter der Milchkuhinitiative monieren, dass das Geld, das durch den Strassenverkehr eingezogen wird, auch wieder in Strassen fließen müsse. Wenn wir diese Meinung auf andere Steuern anwenden, so müsste die Mehrwertsteuer auf die Geschäfte zurückverteilt werden, die Einkommenssteuer müsste zum Arbeitgeber zurückfließen und der Bund hätte schliesslich keinerlei Einnahmen. Es ist aus Sicht der GLP eine wirklich hanebüchene Idee, Steuern ausschliesslich dorthin fließen zu lassen, wo sie herkommen!

#### Selbstfinanzierung des Autofahrens – dann wäre Autofahren viel teurer

Falls die Initianten der Milchkuhinitiative der Meinung sind, alle durch das Autofahren erzeugten Auslagen müssten von den Autofahrern bezahlt werden, dann sind wir von der grünliberalen Partei dabei! Würden alle Strassen, jeder Strassenunterhalt, die Verkehrspolizei, die Verkehrssteuerung (teure, komplexe Ampelsysteme), jeder Autoverunfallte (Genesungs- und Invalidenkosten, Arbeitsausfälle), die von den Abgasen verschmutzten Fassaden, die notwendigen Lärmschutzmassnahmen von uns Autofahrern bezahlt, so würde 1 Liter Benzin einiges mehr als 5 Fr. kosten. Nur dann könnte das Autofahren finanziell autonom sein. Unser Autofahren wird schon heute massiv vom Staat, privaten und andern Töpfen subventioniert. Und wenn man es noch genauer nimmt: eigentlich wäre auch ein Teil der (zukünftigen) Schäden durch die Klimaveränderung vom Mitverursacher Autoverkehr zu bezahlen. Sogar an den immensen Auslagen für Flüchtlinge und die Terrorbekämpfung ist der Autoverkehr teilweise mitverantwortlich: denn es ist hinlänglich bekannt, dass mit Geld aus unseren Benzinkäufen teilweise die Al-Kaida und der IS, und somit auch Terroranschläge und Kriege finanziert werden, welche wiederum für das aktuelle Flüchtlingseindringel verantwortlich sind.

#### Wir sind fast alle Autofahrer

Die Initianten beschreiben ihr Anliegen so, als gäbe es arme, gemolkene Autofahrer und den bösen Rest der Bevölkerung. Wir sind aber alle beides. Fast alle fahren Auto und wir alle sind der „Rest der Bevölkerung“. Wir alle zahlen da und dort Steuern und wir alle profitieren davon, dass der Bund gewisse Projekte damit abwickelt. Die Milchkuhinitiative will uns rhetorisch gewissermassen gegen uns selber ausspielen. Sitzen wir diesem Spiel nicht auf!

#### Wir zerstören mit den Abgasen gerade unser Klima, und zwar gratis

Steuern sind dazu da, dass der Staat Projekte durchführen kann, die uns Bürgern dienen sollen. Dafür zahlen wir Steuern. Die Frage ist nun, wo und wie wir sie einziehen wollen. Jede Steuer ist auch eine Lenkungssteuer, da man sich meist überlegt, wie man durch sein (Konsum)Verhalten weniger Steuern bezahlen kann. Eine Steuer auf Benzin bewirkt, dass man tendenziell

weniger Abgase in die Erdatmosphäre pustet, was uns vielfach nützen würde! Wir von der glp wollen nicht zusätzliche Steuern, sondern dass sie anders und nützlich eingezogen werden.

#### Fazit

Wenn der geneigte Leser sich aufgrund des Namens „Milchkuhinitiative“ ein Bild einer Milchkuh gemacht hat, dann soll er doch eher auf deren Gehirn als aufs Euter blicken. Dann ist man dem Ziel der Initiative näher.

### **Parolen zu den übrigen Vorlagen**

#### Initiative „Pro Service Public“

Zur Initiative „**Pro Service Public**“ beschliesst die glp Kanton Solothurn mit 77.1% klar die **Nein-Parole**. Der Titel der Initiative und das Ziel tönen zwar gut, die vorgeschlagenen Massnahmen führen aus Sicht der Grünliberalen aber nicht zu diesem Ziel, sondern wirken gegenteilig. SBB, Swisscom und Post funktionieren heute gut. Vor allem, wenn man die Grösse dieser Unternehmen berücksichtigt und mit entsprechenden ausländischen Unternehmen vergleicht. Die vorgeschlagenen willkürlichen Eingriffe würden zu unerwünschten Turbulenzen führen

#### Initiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Ebenso deutlich sprechen sich die Grünliberalen für eine **Nein-Parole** zum **Bedingungslosen Grundeinkommen** aus. Die Grünliberalen sind überzeugt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen vielen die Motivation nehmen würde, einer Arbeit nachzugehen. Arbeit ist unseres Erachtens nicht nur wichtig zur Erarbeitung von Leistungen für die Gesellschaft, sondern auch für die arbeitenden Menschen selber. Das Sozialleben der meisten Leute findet faktisch grossenteils während der Arbeit statt. Nach Meinung der GLP würde ein bedingungsloses Grundeinkommen gerade junge Menschen dazu verführen, eine Ausbildung als unwichtig zu empfinden und lieber zu „chillen“, also zu ruhen statt zu arbeiten. Man sieht schon heute, dass junge Menschen, die jahrelang nicht arbeiten, es später kaum mehr schaffen, in einen normalen Arbeitsprozess einzusteigen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist zudem in unserem Wirtschaftssystem und mit unseren Ansprüchen schlicht nicht finanzierbar.

#### Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)

Für die **Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)** beschliesst die GLP knapp die **Ja-Parole** (54 zu 37% bei 9% Enthaltungen). Bei allen Bedenken überwog schliesslich die Meinung, dass dieses Gesetz den betroffenen Paaren mehr Möglichkeiten gibt, bei einer künstlichen Befruchtung Kinder mit genetischen Schäden zu vermeiden. Ebenfalls wird die heutige übliche Prozedur des Einpflanzen mehrerer befruchteter Eier vermindert, durch welche oft ungewollt Zwillinge und Drillinge entstehen.

#### Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Unbestritten bei den Grünliberalen ist die **Änderung des Asylgesetzes**. Hier wurde mit 94% Zustimmung die **Ja-Parole** beschlossen. Die Asylverfahren werden künftig in kürzerer Zeit abgeschlossen sein, weil alle involvierten Behörden, Organisationen etc. vor Ort sind und weil es eine klare Zielvorgabe für die maximale Verfahrensdauer gibt. Asylverfahren sind logischerweise Sache des Bundes, denn die Asyl-Suchenden wollen in der Schweiz leben und nicht in einem bestimmten Kanton. Mit den neuen Bundeszentren, die alles abwickeln, werden die Kantone entlastet. Das Asylgesetz entscheidet nicht darüber, wer Asyl erhält, sondern beschreibt nur den *Ablauf* der Verfahren.